

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Donnerstag, den 1. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

#### Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 M., monatlich 50 Pf.,  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Vierteljährlich 1,60 M., monatlich  
55 Pf., einschließlich Postgebühren. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänzig, Saar- u. Memel-  
gebiet, sowie Österreich u. Ungarn  
84 Pf. — M. für das übrige Ausland  
102 Pf. — M. Postbestellungen nehmen  
an Belgien, Dänemark, England, Est-  
land, Finnland, Frankreich, Holland,  
Letland, Litauen, Polen, Rumänien,  
Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei  
und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Volk und Welt“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Siedlung und Ackerbau“  
erscheint wochentags zweimal, Son-  
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

#### Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonpareilzeile  
kostet 16 Pf. — M. — Restameile 80 Pf. — M.  
„Kleinanzeigen“ das fertige  
Wort 4 Pf. (zuletzt zwei fertige  
Buchstaben), jedes weitere Wort  
2 Pf. — M. Stellenangebote und Schlei-  
stellenanzeigen das erste Wort 250 Pf.,  
jedes weitere Wort 2 Pf. — M. Worte  
über 15 Buchstaben zählen für zwei  
Worte. Familien-Anzeigen für Ab-  
nehmen 2 Pf. — M.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Sonntagsheft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gebühren  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

## Das Moratorium bestätigt.

Die Reparationskommission hat der Deutschen  
Kriegslastenkommission in Paris am 31. Mai abends folgendes  
Schreiben zugehen lassen:

Die Reparationskommission beehrt sich, den Empfang des Schrei-  
bens des Reichskanzlers vom 28. d. M. zu bestätigen, in welchem die  
Maßnahmen mitgeteilt werden, welche die Deutsche Regierung bereits  
ergriffen hat, und die weiteren Maßnahmen, zu denen sie sich  
verpflichtet, um den Bedingungen zu genügen, welche von der Kom-  
mission in den Schreiben vom 21. März und 13. April hinsichtlich  
des schwebenden Ausschubs für die während des Jahres 1922 in Aus-  
führung des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlungen gestellt  
worden sind.

Die Kommission beehrt sich, Ihnen in der Anlage Abschrift ihrer  
Entscheidung Nr. 1976a von heute mitzuteilen, in welcher gemäß  
dem im letzten Abschnitt der Entscheidung Nr. 1841 vom 21. März  
vorgesehenen Verfahren der vorläufige Zahlungsauf-  
schub bestätigt wird. Bei der Bedeutung einer sofortigen Ent-  
scheidung über die Frage des Ausschubs hat die Kommission ge-  
glaubt, berechtigt zu sein, die genannte Entscheidung schon jetzt zu  
treffen, obwohl mehrere Punkte des Schreibens, dessen  
Empfang sie bestätigt, noch weiter aufgeklärt werden müssen.  
Sie hat dabei die Fragen, die sie als noch nicht geregelt betrachtet,  
auf später verlagert, damit sie alsdann in der in dem Text der Ent-  
scheidung angegebenen Weise behandelt werden. Diese Fragen  
werden den Gegenstand einer weiteren Mitteilung bilden,  
die in nächster Zeit an den Reichskanzler gerichtet werden wird.

Dubols, John Bradbury, Demelmans, Naggi.

#### Die Entscheidung der Reparationskommission.

Die dem Schreiben beiliegende Entscheidung hat folgenden  
Wortlaut:

Die Reparationskommission hat das Schreiben des deutschen  
Reichskanzlers vom 28. Mai aufmerksam geprüft, in welchem die  
Maßnahmen mitgeteilt werden, welche die Deutsche Regierung bereits  
ergriffen hat, und die weiteren Maßnahmen, zu denen sie sich ver-  
pflichtet, um den Bedingungen zu genügen, welche von der Kom-  
mission in den Schreiben vom 21. März und 13. April hinsichtlich des  
teilweisen Ausschubs für die während des Jahres 1922 in Ausfüh-  
rung des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlungen mitgeteilt wor-  
den sind. Die Kommission bedauert, daß die Deutsche Regierung  
mit diesen Maßnahmen nicht eher begonnen hat. Sie  
erkennt aber in Berücksichtigung der von der Deutschen Regierung ge-  
gebenen Erklärungen an, daß das, was die Deutsche Regierung bereits  
getan hat, und die neuen Maßnahmen, zu deren Ergriffung sie sich  
verpflichtet, eine ernsthafte Anstrengung bilden, um den Forderungen

der Kommission zu entsprechen. Infolgedessen beschließt sie, den am  
21. März bewilligten vorläufigen Ausschub für einen Teil der wäh-  
rend des Jahres 1922 in Ausführung des Zahlungsplanes zu be-  
wirkenden Zahlungen zu bestätigen; dieser Ausschub für das Jahr  
1922 wird also mit dem 1. Juni, entsprechend dem letzten Abschnitt  
der Entscheidung Nr. 1841 vom 21. März 1922, endgültig.

Die Kommission nimmt davon Kenntnis, daß wegen der Einzel-  
heiten verschiedener Abmachungen zur Erfüllung der von der Kom-  
mission gestellten Bedingungen ein Benehmen zwischen der  
Deutschen Regierung und dem Garantiekomitee  
stattfinden wird. Sie vermerkt andererseits, daß die Vorschläge  
hinsichtlich der schwebenden Schuld von der Deutschen Regie-  
rung nur für den Fall als geeignet betrachtet werden, in die Praxis  
umgesetzt zu werden, daß Deutschland eine ausreichende Unterstützung  
durch eine auswärtige Anleihe erhalten kann.

Die Reparationskommission muß darauf hinweisen, daß der  
hiermit bestätigte Ausschub gemäß dem Schluß des letzten Abschnitts  
der Entscheidung Nr. 1841 in jedem Augenblick widerrufen werden  
kann, falls die Kommission später zu der Ueberzeugung gelangt,  
daß Deutschland es an der Erfüllung der festgesetzten Bedingungen  
fehlen läßt. Unbeschadet ihrer allgemeinen Befugnisse, welche sie  
sich in dem genannten Abschnitt vorbehalten hat, behält sie sich  
die Kommission ausdrücklich das Recht vor, den Ausschub zu widerrufen,  
falls sie zu irgendwelchem Zeitpunkt von dem Fortschritt der Rege-  
lung der noch in Schwebeliege befindlichen Fragen nicht befriedigt sein  
sollte, oder falls Deutschland in Ermangelung der von ihm ge-  
wünschten Hilfe mittels einer auswärtigen Anleihe die in dem  
Schreiben des Reichskanzlers vom 28. Mai 1922 hinsichtlich der Be-  
grenzung der schwebenden Schuld im einzelnen aufgeführten Maß-  
nahmen nicht ausführen und andere Abmachungen zur Regelung  
der Fragen des Fehlbetrages im Haushalt und der schwebenden  
Schuld nicht einer die Kommission befriedigenden Weise statt dessen  
zustande kommen sollten.

#### Wünsche des Morgan-Komitees.

Ein offizieller Bericht über die gestrige Sitzung der Kom-  
mission zur Erörterung einer äußeren Anleihe  
an Deutschland wurde nicht ausgegeben, jedoch melden „Deutsche“  
und „Chicago Tribune“ übereinstimmend, daß die Finanzleute dahin  
übereingekommen seien, daß eine Anleihe an Deutschland unmög-  
lich sei, ehe nicht die Reparationsverpflichtungen auf  
ein erträgliches Maß herabgesetzt worden seien. Auch  
sei es wünschenswert, die Besatzungskosten zu vermindern.  
Der holländische Botschafter habe über seine Reise nach Berlin be-  
richtet, er sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Zahlungsfähigkeit  
Deutschlands bei weitem geringer sei, als man angenommen habe.

Vertrag zu erfüllen, und er glaube, sie sei ehrlich dabei gewesen,  
wenn jedoch eine Regierung aus Ruder käme, die beginnen würde,  
den Vertrag wiederstand zu leisten und die Ausführung seiner Be-  
dingungen zu verweigern, dann würde Frankreich nicht allein ge-  
lassen werden, um jene Vertragsbedingungen zur Ausführung zu  
bringen. Lloyd George erklärte: Wir würden zusammen handeln.  
Wir sind für eine Politik der Mäßigung und der Zurückhal-  
tung eingetreten, wir sind für eine Politik gewesen, die den Schwie-  
rigkeiten Deutschlands Rechnung trug, und indem wir das getan  
haben, haben wir uns einem gut Teil Mißachtung in Frankreich  
ausgesetzt. Nichtsdestoweniger befolgen wir die alte geschichtliche  
Politik der Mäßigung unseres Landes, eine Politik, die wir Frank-  
reich gegenüber seit Waterloo befolgt haben, als wir von  
Preußen, Rußland und anderen siegreichen Mächten gedrängt wor-  
den, auf Frankreich herzutreten. Da die deutsche Regie-  
rung beträchtliche Schwierigkeiten hat und da sie den Kampf mit  
ihnen aufnimmt, wie es jetzt der Fall ist, sich glaube, sie versetzt so-  
gar eine ganze Anzahl ihrer Anhänger durch die Annahme dieser  
letzten Forderung der Reparationskommission, da sie dies alles tut,  
denke ich, daß sie

#### auf jede Rücksicht und Achtung Anspruch

machen kann, die wir ihr angebeihen lassen können. Ich glaube,  
sie tut es im Interesse Deutschlands selbst. Eine Politik des Nicht-  
erfüllens würde eine Politik unmittelbaren Unheils für Deutschland  
sein. Es ist nicht die Rede davon, daß Frankreich  
allein handeln würde, wenn eine Mißachtung des Ver-  
trages von Versailles stattfände. Wir haben den Vertrag unter-  
zeichnet, er ist vom Unterhause ratifiziert worden, wir sind an ihn  
gebunden. Es sind Bestimmungen im Vertrage, wonach Er-  
leichterungen und Änderungen zugunsten  
Deutschlands angewendet werden können, wenn seine Lage  
ihm nicht erlaubt, den vollen geforderten Betrag zu bezahlen.  
Trotz aller Mißdeutungen werden wir immer für eine Politik der  
Mäßigung und für eine Politik der Ausführung des Vertrages in  
der gemäßigten Deutung, die wir ihm geben, und die, wie ich  
glaube, im Wesen des Vertrages selbst begründet ist, eintreten.

#### Dollar: 270.

Die Aufnahme der deutschen Note in Paris und London  
stimmt die hiesige Spekulation günstiger für die Mark. Der  
Dollar wurde um die Mittagsstunde mit 270 gehandelt. Am  
Effektenmarkt herrscht im Hinblick auf die bevorstehende Feier-  
tagspause Geschäftstillheit.

## Tariflohn für Lehrlinge.

In normalen Zeiten gab es über die Entschädigung  
der Handwerkslehrlinge keinen Streit. Entweder  
zahlten die Eltern der Lehrlinge ein Lehrgeld von etwa 200  
bis 300 M., wofür dann der Lehrling vom Meister in Kost  
und Logis genommen wurde, oder der Lehrling bekam eine ge-  
ringe, für die gesamte Dauer der Lehrzeit einheitlich bemessene  
nach den einzelnen Lehrjahren abgestufte Entschädigung als  
Kostgeld. Infolge der Kriegsumwälzungen wurde das  
Kost- und Logiswesen von den Meistern zum größten Teil auf-  
gegeben und statt dessen allgemein eine geringe Entschädigung  
von den verschiedenen Innungen festgesetzt. Meist mußten die  
Frauen der im Felde stehenden Väter während der Kriegszeit  
die Lehrverträge abschließen, wobei hinsichtlich der Entschädi-  
gung die Lehrmeister ihre Interessen nur zu gut zu wahren  
suchten.

So bildeten sich infolge der zunehmenden Geldentwertung  
schreiende Mißstände heraus, da die biederen Hand-  
werksmeister auf ihren Schein bestanden und keinen Pfennig  
mehr zahlen wollten, als bei Abschluß des Lehrvertrages unter  
ganz anderen Geldverhältnissen vereinbart war. Die Gewerk-  
schaften mußten sich mehr als bisher ins Mittel legen und da-  
für sorgen, daß die Entschädigung etwas erhöht wurde. Nir-  
gends aber sind die oft nur Lehrlinge haltenden Handwerks-  
meister empfindlicher als in diesem Punkte. Sie wissen, daß,  
wenn erst einmal die Gewerkschaften dahinter stehen,  
die Lehrlingsentschädigung der steigenden Teuerung folgen  
und gleich den Gehilfenlöhnen von Zeit zu Zeit nominell er-  
höht, der gesteigerten Geldentwertung angepaßt werden muß.

Wenn die Innungen und sonstigen Handwerkervereini-  
gungen sich den armen Lehrlingen und deren ja auch nicht  
reichen Eltern gegenüber nicht gar so kleinlich-proffisch gezeigt  
hätten, sondern, den Lohnzulagen der Arbeiter folgend, von  
selber die Lehrlingsentschädigung allmählich etwas erhöht  
hätten, dann wäre manche Gewerkschaft noch kaum dazu ge-  
kommen, eine tarifliche Regelung der Lehrlingsentschädigung  
zu fordern. Doch gerade das unglaubliche Verhalten der Klein-  
meister, die ihre Preise sehr wohl den veränderten Verhält-  
nissen anzupassen suchten, führte zu unausgesetzten, nur zu sehr  
berechtigten Klagen der Eltern, durch die die Gewerk-  
schaften gezwungen wurden, sich um die Abstellung  
der schreienden Mißstände zu kümmern. Die „Entschädigung“  
reicht oft kaum für das nötige Fahrgeld, geschweige denn für  
Stiefelsohlen und anderes aus.

Eine tarifliche Regelung liegt sowohl im Interesse  
des Handwerks, wie in dem der Gewerkschaften. Die Gewerk-  
schaften müssen unter allen Umständen verhüten, daß die allzu  
billigen Arbeitskräfte der Lehrlinge den Meistern einen Anreiz  
bieten, nur Lehrlinge anstatt Gehilfen zu beschäftigen. Aber  
auch der anständigere Teil der Handwerksmeister hat einen  
Anspruch darauf, mit den übrigen nicht auf gleiche Stufe ge-  
stellt zu werden. Verschiedene Handwerkergruppen bestürmen  
die Behörden geradezu mit Klagen über an g e l a n g e n e  
Lehrlinge und fordern Abhilfe. Am liebsten wäre ihnen die  
Auslieferung der Waisenkinder. Bei den Praktiken der Hand-  
werksmeister ist es heute vielen Eltern einfach unmöglich, ihre  
Söhne auf drei oder vier Jahre in die Lehre zu geben, sie ohne  
jede nennenswerte Beihilfe zu ernähren und zu kleiden, nur  
damit das „Handwerk“ billige Arbeitskräfte hat.

Die Frage der Lehrlingsentschädigung muß  
notwendigerweise im Zusammenhang mit all den Fra-  
gen betrachtet werden, die die ganze veraltete Verfassung des  
Lehrlingswesens aufgeworfen hat. Krampfhaft klammert man  
sich an den Begriff des Lehrlingsverhältnisses als „Er-  
ziehungsverhältnis“, um so gegen alle Einwendungen  
geschützt zu sein. Der Lehrling sei kein Arbeiter, sein Arbeits-  
verhältnis ein Erziehungsverhältnis, in das niemand außer  
den unmittelbaren beteiligten Eltern und Handwerksmeistern  
hineinzureden habe. Ein geradezu typischer Fall wird jetzt  
dazu benützt, um zu zeigen, daß die Regelung der Lehrlings-  
entschädigung durch Tarifvertrag gesetzlich unzulässig sei.

Im Januar 1919 wurde mit einem Bäckermeister  
ein Lehrvertrag geschlossen mit einer Lehrzeit vom  
15. März 1918 bis zum 15. März 1921. Vereinbart war für  
das erste Lehrjahr ein Wochenlohn von 1 M., für das  
zweite Lehrjahr ein solcher von 2 M. und für das dritte  
Lehrjahr ein solcher von 4 M. Unter Berufung auf einen für  
allgemein verbindlich erklärten Nachtrag vom 9. De-  
zember 1919 zu einem Tarifvertrag für das Bäcker-  
gewerbe, wonach für Bäckerlehrlinge ein Wochenlohn von  
10 M. im zweiten Lehrjahr und von 15 M. im dritten  
Lehrjahr festgesetzt wurde, forderten die Eltern des Lehrlings  
die Nachzahlung der Differenz zwischen der tariflichen Ent-  
schädigung und der im Lehrvertrag vereinbarten. Die Justiz  
nahm sich dieses Falles an, und es ist ihr gelungen, eine leht-  
instanzliche Entscheidung des Landgerichts  
Frankfurt a. M. am 7. April d. J. zu erlangen, wonach  
die Regelung der Auswärtigenentschädigung der  
Handwerkslehrlinge durch Tarifvertrag gesetzlich  
unzulässig sei, und zwar auch dann, wenn der Reichs-

#### Die Rede Lloyd Georges.

London, 1. Juni. Lloyd George fuhr fort: Es besteht gar kein  
Zweifel, daß eine Tatsache das Gleichgewicht in der Reparations-  
kommission störte, wie sie auch das Gleichgewicht im Völkerbunde  
störte, das war die Haltung Amerikas.

#### Die Frage des Erlasses der Kriegsschulden

ist aufgeworfen worden. Soweit ich sehe, lauten die Vorschläge da-  
hin, daß Großbritannien allen seinen Ansprüchen gegen seine Ver-  
bündeten entsagen solle, ohne irgendeinen Nachschuß von dem, was  
Großbritannien selbst schuldet. Einen solchen Vorschlag können wir  
nicht in Erwägung ziehen. Wenn zur deutschen Reparation  
der Betrag, der England geschuldet wird, nämlich 3000 Millionen  
Pfund Sterling, hinzugefügt wird, und England selbst 1000 Millionen  
schuldet, so geht der Vorschlag dahin, daß wir auf die gesamten 3000  
Millionen verzichten sollten, ohne daß uns etwas von den 1000 Mil-  
lionen erlassen wird, die wir schulden. Wie sind durchaus bereit, in  
eine internationale Erörterung einzutreten, um die Gesamtheit dieser  
Kriegsschulden zu löschen, vorausgesetzt, daß wir einen Nutzen haben,  
der dem entspricht, den wir anderen gewähren wollen. Wir haben  
ein noch weitergehendes Interesse als ein Gläubiger, wir haben das  
Interesse des großen internationalen Händlers. Wir verstehen, welchen Nutzen es für uns haben würde, wenn wir  
auf eine sehr große Summe, die uns geschuldet wird, verzichten, vor-  
ausgesetzt, daß es reinen Tisch gibt, aber wir können unmöglich in  
eine Transaktion eintreten, bei der wir auf alles verzichten, was man  
uns schuldet, während wir jeden Pfennig herbeischaffen müssen, den  
wir anderen schulden.

Ich freue mich sehr, daß die deutsche Regierung ernste Versuche  
gemacht hat, den Anforderungen der Reparationskommission Genüge  
zu tun. Ich weiß,

#### wie schwer es für eine Regierung wie die deutsche ist,

ihrem Lande eine schwere Besteuerung aufzuerlegen, um eine aus-  
ländische Schuld zu bezahlen. Ich weiß, wie schwer es sein  
müß, besonders in Anbetracht aller Umstände und der Tatsache, daß  
jetzt ausländische Truppen einen Teil Deutschlands  
besetzt halten, daß ausländische Kommissionen in  
Deutschland eine gewisse Kontrolle ausüben, daß es seinen Finanzen  
Beschränkungen hat auferlegen müssen, daß es einer Verstimme-  
lung seines Landes sich hat fügen müssen. Es bedurfte eines be-  
trächtlichen Mutes seitens jeder deutschen Regierung, um den Ele-  
menten in ihrem eigenen Lande entgegenzutreten, die diese Dinge  
erzürnen, und ihren eigenen Landesleuten weise Mäßigung an-  
zudeuten. Die jetzige deutsche Regierung habe sich sehr bemüht, den

arbeitsminister den Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt hat!

Gerade dieser Fall mühte auch den Juristen zeigen, daß es unmöglich ist, den Handwerksmeistern die Festsetzung der Entschädigung allein zu überlassen und daß eine Regelung im Rahmen des Tarifvertrages geradezu notwendig ist. Die gesamten Handwerksverbände berufen sich jetzt auf diese Entscheidung, um freudetrübend zu verhandeln, die Regelung der Entschädigung für Handwerkslehrlinge durch Tarifvertrag sei geistlich unzulässig. Es ist zuzugeben, daß infolge der veralteten Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Lehrlingswesen eine derartige Auslegung möglich ist. Allein sie steht nicht nur in flagrantem Widerspruch zum gesunden Menschenverstand, sondern auch zu allen modernen Rechtsbegriffen. Die Frage ist, ob nicht eine reichsgerichtliche Entscheidung ein anderes Ergebnis zeigen würde. Sie kann in diesem Falle freilich aus prozessualen Gründen nicht herbeigeführt werden. Mehr aber noch zeigt diese Entscheidung, wie notwendig es ist, daß mit der gesetzlichen Neuordnung des Lehrlingswesens endlich ernst gemacht wird. Es muß einmal gründlich mit der Fiktion aufgeräumt werden, als sei das Lehrlingsverhältnis kein Arbeits-, sondern ein „Erziehungsverhältnis“, damit auch hier endlich einmal modernere Rechtsauffassungen Platz greifen. Wenn die Handwerksvereinigungen das Lehrlingswesen als ihre ureigenste Domäne betrachten, gewissermaßen als letzte Säule des Handwerks, so muß ihnen nach allen Erfahrungen bedeutet werden, daß der alte Schandfleck unmöglich weitergehen kann. Genau wie an die Tarifverträge, mit den von ihnen bekämpften und geschmähten Beihilfenorganisationen, werden sich die Herrschaften auch an eine neuzeitliche Regelung des Lehrlingswesens und eine tarifliche Festsetzung der Lehrlingsentschädigung gewöhnen müssen.

Die Frauenschau der „Nationalliberalen Correspondenz“ brachte dieser Tage einen Artikel der Geschäftsführerin des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der sich ebenfalls mit der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen und Vergütung der Lehrlinge befaßt und diese gleich uns entschieden befürwortet.

## Die „Freiheit“ gegen Kautsky.

### Koalitionspolitik als Einigungshindernis.

Die „Freiheit“, die von Kautskys Artikel im „Sozialist“ bisher noch nicht Notiz genommen hat und seinen Inhalt auch jetzt noch ihren Lesern vorenthält, sieht sich durch die vorläufig kommentarlose Veröffentlichung eines Teils dieses Aufsatzes im „Vorwärts“ zu folgender Polemik veranlaßt:

Wir müssen täglich, stündlich handeln, eingreifen, kämpfen! Wir tun das als proletarische Klassenkämpfer! Die Rechtssozialisten sind politisch verbrüder mit denen, die wir bekämpfen! Wie soll da eine Einigung praktisch möglich sein? Soll die U.S.P., der Kautsky keine „Kapitulation“ zumuten will, in der eigenen Partei die von ihr bekämpfte Koalitionspolitik mitmachen? Soll sie die Aufgabe der Koalitionspolitik erzwingen? Wie denkt sich Kautsky die Aktionen der eigenen Partei, wenn der eine Flügel in der Regierung sitzt, der andere zu ihr in Opposition steht? Wo ist da der gemeinsame Parteiboden? Das ist der springende Punkt! Darauf kommt es an! Darüber sagt Kautsky leider kein Wort. Aber vielleicht sagt uns das jetzt der „Vorwärts“, der ja Kautsky nachdrückt und verspricht, „zu dieser höchst bemerkenswerten Veröffentlichung noch Stellung zu nehmen“. Lassen wir also zunächst dem „Vorwärts“ das Wort.

Dazu sei zunächst bemerkt: Wenn es der U.S.P. mit ihrem Kampf gegen die Koalition ernst ist, so hat sie jederzeit Gelegenheit, ihn zu praktischem Erfolg zu führen. Hätte sie gegen das Kabinett Wirth eine entschlossene Kampfstellung eingenommen, so wäre es schon längst gestürzt. Die U.S.P. hat aber bisher einen solchen Kampf vermieden, weil sie selber genau weiß, daß die gegenwärtige Koalition die verhältnismäßig beste Lösung der Regierungsfrage unter den gegebenen Umständen darstellt. So wenig also die U.S.P. einen hemmungstosen „proletarischen Klassen-

kampf“ gegen die Parteien führt, die hinter dem Zentrumsführer Wirth und dem Demokraten Rathenau stehen, so wenig ist die Sozialdemokratie mit diesen Parteien „verbrüder“. Sie ist das so wenig wie z. B. die österreichischen Sozialdemokraten mit den christlichsozialen Antisemiten „verbrüder“ waren, als sie noch eine gemeinsame Regierung mit ihnen bildeten — eine Regierung, die dem neuen Kabinett Seipel auf alle Fälle vorzuziehen war.

Die U.S.P. gibt sich über sich selber einer angenehmen Täuschung hin, wenn sie sich für eine grundsätzliche Gegnerin der Koalitionspolitik hält und dieser Irrtum wird von dem einsichtigeren Teil ihrer Anhänger längst nicht mehr geteilt. Ein grundsätzlicher Gegensatz wäre nur dann vorhanden, wenn die U.S.P. mit ihrer Überzeugung auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms stünde, dann würde „ein gemeinsamer Parteiboden“ allerdings gänzlich fehlen. Die „Freiheit“ geht um diese wirklich grundsätzliche Frage herum wie die Rahe um den heißen Brei; sie schiebt dafür die Koalitionsfrage in den Vordergrund. Diese aber ist für die meisten Unabhängigen ebenso wie für unsere Partei nur eine Frage der Taktik, die nach der Meinung Kautskys wie auch der unseren einen Hinderungsgrund für die Einigung nicht bilden kann.

## Helferich gegen Hergt.

### Die Frage des Mißtrauensvotums.

Der in der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgebrochene Streit über die parlamentarische Taktik findet in der Rechtspresse ein lebhaftes Echo. Nachdem schon der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ Paul Baedeker für Helferich gegen Hergt Partei ergriffen, tritt ihm sein Kollege von der „Täglichen Rundschau“, Friedrich Hufschong, kräftig bei. Er schreibt:

Ist es wirklich Aufgabe einer tüchtigen Opposition, auch bei völliger Aussichtslosigkeit auf irgendeinen Erfolg sich in Mißtrauensvotum über Mißtrauensvotum zu erschöpfen? Heißt das nicht sechten mit einem Messer ohne Heft, dem die Klinge fehlt? Und wenn schon eine Klinge da wäre, hieße es nicht, ihre Schärfe zu zerstören? In der deutschnationalen Fraktion selber sind Herrn Hergt diese Fragen mit Nachdruck entgegengehalten worden. Ruhig, es Herrn Hergt und seine Stimmungsgenossen nicht stuzig machen, daß ein Helferich, der doch gewiß kein Feinsieder und sanfter Heintich ist, groß und in seinem Zeit blieb, als er, Hergt, seine Myrmidonen zum Sturm führte? Der Antrag Hergt ist ein drastisches Schulbeispiel dafür, wie man's nicht machen soll. Dafür, daß die Sache dank dem Zufall einer parlamentarischen Komödie der Irrungen minder blamabel ausfiel, als zu gewärtigen, kann Herr Hergt nichts. Er bleibt der Führer, der die schärfste Waffe der Opposition durch zwecklosen Gebrauch abstuft, bleibt der Führer, der sich nach den Worten seines Fraktionskollegen Baedeker und nach der Meinung noch anderer sehr wesentlicher Mitglieder seiner Fraktion von der primitiven Stimmung der Leute im Lande wollte einfach tragen lassen, statt sie auch zu lenken, zu beeinflussen.

Die Milderung der Blamage, von der Hufschong spricht, ist dadurch eingetreten, daß die Deutsche Volkspartei unter Bederhessens glorreicher Führung für den deutschnationalen Antrag stimmte, der auch bei den vernünftigeren Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion auf Bedenken gestoßen war, ungeachtet des Besatzes also nur bei den Kommunisten gefunden hatte.

Der Fall Deusch. Es bestätigt sich die Nachricht von der Beurlaubung Deuschs in die Chefredaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Der bisherige Chefredakteur Cuno ist ebenso wie der Ressortleiter für auswärtige Politik, daraufhin aus der Redaktionsleitung unter Protest ausgeschieden resp. in Urlaub gegangen. Amüsant ist, daß die Verlagsleitung den Herren Redakteuren schriftlich über ihre geringe Disziplin, mit der sie Anordnungen des Verlages hinnehmen, entrüstet Beschwerde gefaßt hat. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Verlagsleitung von ihren Redakteuren strammstehen verlangt, wird erklärlich, wenn man sich erinnert, daß die Mehrzahl der Redakteure der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ frühere Offiziere sind.

spielen Versteck und treiben die Menschenturpe. Der Hundehändler läßt ein ehrliches Spiel. Er ist Lebendkaufmann. Wir sind Hinterrundhändler. Händler, die sich des Handels schämen. Und doch handeln wir. Wir brauchen Tafeln um den Hals. Freilich, wir werden sie nie mit der schönen, unendlich unbewußten Unschuld eines auf den Markt getriebenen Hundes tragen.

Berechteste, ich muß Sie verlassen. Ich habe zu tun. Dort an der Zoo-Ecke verhandelt ein schlantes, junges, frühaltendes Mädchen mit einem Mann — und dort im Café läuft eine volle Briefschale einem leeren Portemonnaie Kraft und Gehirne ab. Frühchen Sie Ihr Tochterchen und legen Sie ihm: es ist erschütternd, daß man Lebendiges kaufen kann. Ich esse. Ich muß hundert Millionen Tafeln mit der Aufschrift: „Zu verkaufen“ bestellen!

Eröffnung der Jahreschau deutscher Arbeit Dresden. In Gegenwart des Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt fand heute vormittag die Eröffnung der „Ersten Jahreschau deutscher Arbeit Dresden“ statt, die in diesem Jahre Porzellan — Keramik — Glas in sich vereinigt. Unter den Erschienenen sah man auch Vertreter der auswärtigen, besonders südamerikanischen Regierungen. Nach dem Verlesen der Leonorenouvertüre ergriff der Vorsitzende der Jahreschau, Fritz Brechmer, das Wort. Er betonte den Wunsch, daß der Reichsminister einen günstigen Eindruck von den Resultaten der Jahreschau gewinnen möge, um für diese Ausstellung, die bisher der Reichsunterstützung nach ermangelte, bei der Reichsregierung eintreten zu können. Die Jahreschau sei eine dauernde Folge von Ausstellungen „industrieller Höchstleistungen“ aus alljährlich wechselnden Produktionszweigen. Im Jahre 1923 wird der Begriff „Spielzeug und Sport“ in seinen industriellen Auswirkungen die Räume füllen. Für 1924 ist an die deutsche Holzindustrie gedacht. Hieraus ergriff der sächsische Ministerpräsident Buch das Wort, der den volkswirtschaftlichen Wert der Ausstellung betonte. Oberbürgermeister Blüher führte aus, daß auch für die Stadt Dresden der Eröffnungstag einen Markstein der Entwicklung auf dem Gebiete des Ausstellungswesens bedeute. Während des Krieges (1915) sei die Wiltung eines ständigen städtischen Ausstellungs-ausschusses durchgeführt worden, und diese Organisation trete heute zum erstenmal vor die Öffentlichkeit. Sie habe, um bureaukratischen Arbeiten möglichst zu vermeiden, für die Vorbereitungen von Ausstellungen den Weg gewählt, daß ein besonderer Verein „Jahreschau deutscher Arbeit Dresden“ gegründet worden sei, der mit den städtischen Ausstellungsorganen gemeinsam arbeite. Es ergebe sich daraus, daß das Bild, das in einem städtischen Ausstellungsgebäude ein städtisches Ausstellungsamt sich mit dem Verein Jahreschau vereinigte, um diesem Verein die Möglichkeit ständiger sich wiederholender Ausstellungen deutscher Qualitätsarbeit zu bieten. Er hoffe, daß diese Einrichtung sich bewähren und die Erfolge zeitigen werde, die man im Interesse der Stadt Dresden und des deutschen Gewerbestandes wünsche. Dann begann die Bestätigung der Ausstellung.

Der antiseptische Eid. In England schreibt ein altes Gesetz vor, daß jeder Zeuge nach der Eidesleistung die Bibel küssen muß, ähnlich wie sie der Zeuge früher in Italien mit dem Finger berühren

## Agriarierwünsche.

Auf der Münchener Jubiläumstagung des Deutschen Landwirtschaftsrates hielt am Mittwoch der Präsident der Landwirtschaftskammer der Provinz Hannover, von Reden, ein Referat über den gegenwärtigen Stand der Landwirtschaft. Er sagte seine Ausführungen zusammen in Beisätzen, die u. a. fordern: Gesetzlichen Schutz gegen die uneingeschränkte Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte; Sicherung der Raumung von Wohnungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses; vorbehaltlose und schnelle Gewährung von Reichszuschüssen auch für Bauten und Wertmohnungen auf dem Lande; keine Behinderung der Steigerung und Verbesserung der Arbeitsleistung auf dem Wege des Akkordvertrages; besonderer Schutz lebenswichtiger landwirtschaftlicher Betriebe und Nebenbetriebe; Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte; Legitimierung der ausländischen Arbeitskräfte durch eine Zentralstelle. Trotz der Bedenken, die der Vertreter des Reichsernährungsministers besonders gegen die geforderte Einschränkung der Freizügigkeit äußerte, wurden diese Wünsche angenommen. Voraus man sieht, daß unsere Agriarier nichts gelernt und nichts vergessen haben.

## Ist es wahr?

Einem Schreiben aus Kiel entnehmen wir die Mitteilung, daß zum Kommandanten des kleinen Kreuzers „Berlin“, der etwa Juli in Dienst gestellt werden und auf mehrere Monate nach Spanien und Südamerika fahren soll, um dort die deutsche Flagge zu zeigen, der Kapitän v. Löwenfeld ausersehen ist, der ehemalige Führer der nach ihm benannten Marinebrigade. Der Reichswehrminister soll nach der Mitteilung durch den Chef der Marineleitung bereits bestimmt worden sein, gegen die Ernennung Löwenfelds keinen Einspruch zu erheben, während die Bestätigung des Reichspräsidenten noch aussteht.

Die Brigade Löwenfeld hat während der Kapplage eine derartig reaktionäre und republikfeindliche Haltung gezeigt, daß sich kein ungeeigneterer Vertreter der Deutschen Republik, namentlich gegenüber den streng republikanisch und demokratisch gerichteten südamerikanischen Staaten denken läßt, als ihr ehemaliger Kommandeur. Wie die Vertreter des altpreußischen Systems gerade in diesen Ländern zum „Segen“ des deutschen Volkes wirken, das sollte man doch aus der Kriegszeit her wissen. Wir erinnern an den Fall des famosen Grafen Zurburg, der als amtlicher Vertreter Deutschlands in einem Briefe den Ministerpräsidenten einer südamerikanischen Republik, in der eine starke deutschfreundliche Stimmung war, kurzerhand als „Esel“ bezeichnete, wodurch die Stellung Deutschlands natürlich wesentlich verbessert wurde.

## Gegen schwarzweißrote Provokationen.

Hamburg, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch abend hatte in Hamburg die Deutschnationalen Volkspartei wieder einmal zu einem besseren schwarzweißroten Kummel aufgerufen. Im Zoologischen Garten versammelte sich eine Menge mit Bändern und Fahnen geschmückter Nationalisten, zu denen der Reichstagsabgeordnete Wulle sprach. Die Hamburger Arbeiterschaft, die durch einen wenige Tage vorher in Altona stattgefundenen Regimentsstag schon genügend provoziert war, hatte beschlossen, nicht wieder so tatenlos zuzusehen. Die Vereinigung Republik innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Hamburgs hatte zu gleicher Zeit eine Versammlung im Gewerkschaftshaus einberufen. Sie war schon vor Beginn derartig überfüllt, daß im Freien eine Parallelerammlung veranstaltet werden mußte. Nach ihrer Beendigung zogen ungezählte Tausende mit roten und schwarzrotgoldenen Fahnen zum Zoologischen Garten, wo die erschreckten Nationalisten Zeugen einer gewaltigen Demonstration der ihrer Kampflieder singenden Arbeiter waren. Bei der musterhaften Ordnung der demonstrierenden Arbeiter kam es zu keinen Zwischenfällen.

Eine Delegation des Papstes ist am 30. Mai in Moskau eingetroffen. Die Reise der Delegation ist zwischen dem Papst und Tschitscherin vereinbart. Die Aufgabe der Delegation besteht im Studium der Lage der katholischen Kirche in Rußland.

Musik. Jüngst hat sich eine Gesellschaft zur Abschaffung dieser unhygienischen und unappetitlichen Sitte gebildet. Als nun ein Arzt, der der Gesellschaft angehört, als Zeuge den Eid leisten sollte, weigerte er sich, gleichzeitig die Bibel zu küssen. Der Richter belehrte ihn, das Gesetz schreibe diese Formlichkeit vor, und er sei gezwungen, ihn in Strafe zu nehmen, wenn er dem Gesetz nicht Gehör tue. Darauf erklärte sich der Arzt bereit, die Bibel zu küssen, bat aber, man möge ihm wenigstens gestatten, das Buch zu — desinifizieren. Dieses Verlangen kam dem Richter unermwartet. Indessen — da er keinen Paragraphen in dem alten Gesetz fand, der einen derartigen antiseptischen Eid verboten hätte, so gab er dem Verlangen des Arztes statt. Darauf zog dieser eine kleine Flasche aus der Tasche und begann die Geangelteten zu desinifizieren. Als er fertig war, küßte er die desinifizierte Stelle und machte dann seine Aussage.

## Unser täglich Brot.

An deinem Brot für fünfzehn Mark und achtzig hängt, wenn du hinreichst, allerlei — Der Landmann läßt sich neue Ställe bauen, behängt mit Pelz und Perlen seine Frauen; er zählt das Geld nicht mehr — er muß es wiegen — wo soll er nur den Krenpel unterkriegen? Im Flusse treibt ein neues Segelboot — von deinem Brot.

Die Wägen mahlen. Unternehmer grinzen. Die Werte tragen unerhörte Jinsen. Kein Käufer streift. Er kann und muß es tragen. In den Garagen summen neue Wagen, weil man die besten Dividenden hat von deinem Brot.

Der Bäcker backt. Die Bühne steigen munter, doch vom Gewinne geht kein Pfennig runter. Die Menschen leben vom Gehalte in den Mund. Der Bäcker backt. Und macht sich sehr gesund. Er ist der Preiselöbner, der Despot — von deinem Brot.

So geht der Kreis: kein Landbetrieb geniert sich. Die Industrie hingegen revanchiert sich. Wer hat, der hat. Nun fehlt Ihr Andern zu. Sie teilen sich. Wer unten liegt, bist du. Sie kloppen auf die Waren ihres Baus. Das ist noch drin. Und das muß noch heraus! Sie wollen alle leben, fett und reich: in Willen, Autos, teppichwarm und weich... Goldschäcken, Jodel und der Frauen Lippenrol — Das, Deutscher, ist dein Brot. (Theobald Tiger in der „Weltbühne“.)

Für Ernst Toller. Der Deutsche Vazifische Studentenbund hat an den Reichsjubiläumstag ein Telegramm geschickt, in dem er dringend um Befürwortung des Aufrufs für Toller bittet.

## Der Hundehändler.

Von Max Preis.

Ein Mann geht langsam, bedächtig, als wäre gar kein Ziel vor ihm, durch die Straßen. Neben ihm schreitet ein Hund. Ein schönes, sanftes Tier mit flammander blonder Flanke. Gut und gehorsam geht der Hund im Schatten seines Herrn. Wie ein Fleisch und Blut gewordenes Echo seines Willens folgt er treu jeder Schwenkung der Schritte. Der bedächtige, ziellos durch die Menge hindereidende Mann ist aber gar nicht so bedächtig und ziellos. Er sieht denen, die ihm entgegenstreifen, tief und aufmerksam ins Gesicht, er spricht mit ihnen. Nicht mit der Menschensprache, die störend und doch unauffällig ist. Er hat sich von seinem Hund die Sprache geliehen und spricht die Beute hindisch an mit den Augen. Mit dem zielenden Spiel der Augen. Seine Blicke legen sich, ohne zu stören und doch sehr auffällig, auf die Augen der Begegnenden, ziehen sie zu Boden, lenken sie tiefer und unablässig auf den Hund hin. Er fängt Menschenaugen für Sekunden und bindet sie für Sekunden an seinen Hund. Die eingefangenen Menschenaugen sehen zunächst ein schönes Tier. Gut gepflegt, artig, fromm, raffig. Doch sie sehen noch mehr: sehen, daß der Hund um den Hals einen Zettel gebunden trägt, auf dem steht: „Zu verkaufen“. Wenn die eingefangenen Augen zufällig einem Hundekäufer gehören, wird er auf diese Anrede durch den Blick antworten, er wird stehen bleiben, wird fragen: „Was kostet der Hund?“ Der Mann mit dem Hund wird ein Geschäft machen, und der Hund wird sich schmerzlich von seinem Herrn lösen und wird schon morgen das Fleisch und Blut gewordene Echo eines anderen Willens sein.

Ein sehr kleines Mädchen begegnet an der Hand ihrer Mutter dem Mann mit dem Hund. Die Mutter ist keine Hundekäuferin, darum bracht sie auch nicht auf das fragende Blickspiel des Mannes zu antworten. Doch das sehr kleine Mädchen will wissen, was in der Welt vorgeht, und darum sagt es zur Mutter:

„Warum hat denn der Hund ein so tomisches Halsband?“

„Das ist kein Halsband. Das ist ein Zettel, darauf steht, daß man den Hund kaufen kann.“

Das Kind verarbeitet schwer die neue Erkenntnis. Dann ruft es fast entsetzt: „Da, kann man denn etwas Lebendiges kaufen?“

„Ach, bist du ein dummes, kleines Mädel.“ drückt sich die Mutter von der Aufklärung.

Und da muß ich der Frau eine kleine Standrede halten. Weil sie mir aber auf der Straße nicht zuhören würde, tue ich es hier. Und so:

„Meine Verehrteste! Es ist nicht nur seltsam und verwunderlich, es ist erschütternd, daß man etwas Lebendiges kaufen kann. Daß man einen Willen, ein Leben, ein Sein kaufen kann. Frauenleiber und Männergefinnungen, Freilichten und Pläne, Brüste und Gehirne. Und es ist erschütternd, daß neben den wenigen Hundehändlern so viele Menschenhändler durch die Straßen gehen und so viele Menschenkäufer. Uns wäre besser, wir hätten alle eine Tafel um den Hals: „Zu verkaufen!“ oder: „Ich kaufe Menschen.“ Das würde den Handel wesentlich vereinfachen. So aber treiben wir ein Bärenmanöver. Man weiß nie, wer kaufen, wer sich verkaufen will. Wir

## Verzögerung der Nord-Südbahn-Eröffnung

Die Bauarbeiten der Nord-Südbahn sind bis auf kurze Strecken in unmittelbarer Nähe des Webdingplatzes von der Seestraße bis zur Spree mit Einschluß des Spreetunnels fertiggestellt, so daß mit dem Innenausbau dieser Strecke begonnen werden kann. Auf den einzelnen Bahnhöfen der Nordstrecke ist mit der Herstellung des Bahnsteiges sowie mit dem Einbau der Schalterräume, Diensträume für den Fahrdienstleiter usw. begonnen worden.

Wichtige Bindeglieder, z. B. die Kreuzung der Moorstraße zwischen der Weidendammer Brücke und der Stadtbahn und die Untergrundbahnstrecke zwischen der Französischen und der Jägerstraße sowie die Kreuzung der neuen Bahnstrecke mit der Untergrundbahn Alexanderplatz-Geisiger Platz sind dagegen noch unvollendet. Doch sind auf den einzelnen Baustellen bereits die Arbeiten soweit fertiggestellt, daß der Rohbau in einigen Monaten, voraussichtlich bis zum Ende August beendet sein kann. Mit dieser Verzögerung tritt auch eine weitere Verzögerung der Inbetriebnahme der Bahn, die ursprünglich bis Ende Oktober geplant war, ein, mit der jetzt nicht mehr im Laufe des Jahres gerechnet werden kann. Auch auf den bereits fertigen Strecken des südlichen Teils der Bahn wird mit dem Innenausbau begonnen. So wurden bereits in das Unterwerk am Belle-Alliance-Platz die ersten Umformer eingebaut, während der neue Untergrundbahnhof Belle-Alliance-Platz bereits die ersten Treppen- und Schalterhallen-Anlagen erhält. Daneben werden jetzt über dem Tunnel die Verbindungsträger für die Fundamente der Friedenssäule und der Unterbau der Säule fertiggestellt, während an anderen Stellen mit der Ueberführung des Tunnels und des Unterwerkes begonnen wird. Trotz der viel späteren Inangriffnahme der Arbeiten auf dem südlichen Teile der Bahnstrecke sind hier die Bauarbeiten wesentlich schneller ihrem Ende zugegangen als auf dem mittleren Teile und auf den Nordstrecken der Bahn, trotzdem auch diese Baustellen unter dem gleichen Baustoffmangel zu leiden hatten und trotzdem wesentlich schwierigere Bauarbeiten durchgeführt werden mußten als in der Müller- und Chausseestraße, wo keine Pfahlröße gegen unsicheren Baugrund usw. hergestellt werden mußten.

## Schießunfall.

Schon häufig kamen Beschwerden darüber, daß Soldaten, die zu Übungen nach dem großen Schießplatz bei Überdog kommen, in ihrer freien Zeit mit Schusswaffen herumlaufen und dann damit allen möglichen Unfug anrichten. Gestern gerieten zwei Soldaten vom 3. Infanterieregiment Nr. 8 im Alten Lager mit dem 23jährigen Arbeiter Borchardt aus Treuenbrietzen in Streit. Sofort zog der Soldat Otto Dräuske aus Werder a. d. H. einen Revolver und schoss auf 40 Meter Entfernung den Borchardt nieder, der sofort tot war. Heute trifft der Oberstaatsanwalt aus Potsdam im Alten Lager ein, um bei dem Vorfalle zugegen zu sein.

## Das explodierte Motorboot.

### Schweres Schiffsunglück auf der Dahme.

Ein schweres Motorbootunglück, das ein Menschenleben zum Opfer forderte, hat sich gestern Abend auf der Dahme, in der Gegend von Grünau, ereignet. Der Importeur Georg Höhnke aus der Mulackstr. 37 fuhr mit einem im Frühjahr d. J. erbauten Boot auf der Dahme in der Richtung nach Schmüdewitz. Auf ihm befanden sich noch seine Frau, sein vier Jahre altes Töchterchen und das Mitglied eines Motorbootclubs, sowie eine weitere Dame im Boot. Ein vor ihm fahrendes Boot erlitt unterwegs eine Panne. Höhnke fuhr heran, um ihm zu helfen, und übergab die Führung seines Bootes dem Klubmitglied. Beide Boote fuhren dann weiter. Als sie Schmüdewitz fast erreicht hatten, erlitt Höhnkes Boot eine Panne und alsbald schlugen Flammen aus dem Schiffslörper heraus. Von allen Seiten näherten sich Boote, um die Insassen zu retten, die ins Wasser gesprungen waren und sich an einem Tau festhielten, das der Führer ausgeworfen hatte. Es gelang, alle Insassen, bis auf Frau Höhnke, zu bergen, die das Tau wohl nicht mehr halten konnte und ertrunken war. Die Leiche ist noch nicht geborgen. Auf dem verunglückten Boot war durch eine Explosion des Benzinbehälters der Brennstoff in Brand geraten. Das Feuer griff schnell um sich und vernichtete das ganze Boot. Die feuerfesten Trümmer verlor. Die Ermittlungen nach der Ursache der Explosion wurden von Beamten des Reichswasserfahrwesens noch gestern Abend aufgenommen.

## Ein seltener Fall.

Sucht da ein Ehepaar, das seit Jahren in schweren Wohnungsverhältnissen lebt — nebenbei bemerkt, ein Funktionär der SPD., der die Kriegspatrioten und die Trost-Trabanten sowie Protektionswirtschaft nachhaken — wieder einmal ein Unterkommen. Bei einer Frau scheinen sie Wohnung erhalten zu haben — da stellt sie die bekannte unheilvolle Frage: „Haben Sie Kinder?“ Den Wondrop ihres Jungen an der Seite antwortet die Frau schon hoffnungslos: „Ja!“ Und nun sagt die andere: „Dann ist es gut, dann nehmen Sie das Zimmer nur — ich habe sechs Kinder, da kann auch ein siebentes mitfahren!“ Sollte man nicht die öffentliche Belannigabe zur Ehrung solch seltenen Menschentums einführen?

## Kunstgemeinde Neukölln.

Um die in Neukölln seit Jahren bestehenden vollständigen künstlerischen Veranstaltungen trotz der Unruhen der Zeit auch weiter bestehen zu lassen und sogar auszubauen, hat sich das dortige Volksbildungsamt zur Bildung einer Konventionenorganisation mit dem Titel Kunstgemeinde Neukölln entschlossen. Die Mitglieder der Kunstgemeinde bekommen die Eintrittskarten zum Vorzugspreise. Ein Mitgliedsbeitrag wird nicht erhoben. Bei der Anmeldung ist eine Einheitsgebühr von 8 M. zu zahlen. Die Leitung der Vereinigung liegt in den Händen der Kommission für vollständige Veranstaltungen beim Bezirksamt. Die Kunstgemeinde wird jedem Mitglied im Laufe des kommenden Winters ungefähr acht gute, schematisch aufgebaute, von allerersten Kräften ausgeführte Volksmusikabende und große Orchesterkonzerte zu außerordentlich geringen Eintrittspreisen bieten. Alle diejenigen Einwohner des Verwaltungsbezirks Neukölln, die in diesem Sinne mitwirken wollen, werden aufgefordert, in einer der unten bezeichneten Annahmestellen bis zum 1. Juli 1922 ihren Beitritt zu erklären. Annahmestellen sind: Volksbildungsamt Neukölln, Rathaus, Zimmer 257, Ortsteile Erid, Rathaus, Zimmer 8, Ortsteile Rudow, Ortsteile Rudow, Vorwärts, Redarstr. 2 und Siegfriedstr. 28/29 und Bureau der SPD., Jägerstr. 66.

Der Abgeordnete Walder Manasse scheint einen guten Kredit bei verschiedenen Kreisen zu haben. Unter Benutzung seines Namens an Telefon und mit gefälschten Briefen beteielt er sich „Journalist Dr. H. Köhler“ nennender Hochstapler viele Tausend Mark und die feinsten Wäscheausstattungen zusammen. Er verschont keine Partei und keine Konfession. Nach telefonischer Anmeldung als Walder Manasse erschien der vorgemeldete Hochstapler bei Professor Albert Einstein, bei Herrn von Gerlach, bei Dr. Heinrich Braun, bei Herrn v. Tepper-Laski, beim Bund Neues Vaterland, bei der jüdischen Gemeinde, beim Verein für Kindervolksküchen und auch in der Wäscheabteilung des Bärenhauses Tisch. Alle Geschädigten werden gebeten, sich zu melden und wo der Gauner erscheint, möge man seine Feststellung veranlassen.

**Schließung des Schloßparkes Bellevue.** Der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft ist von dem Preussischen Finanzministerium für ihre „Große Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung“ der Schloßpark Bellevue überlassen worden. Die Vorbereitungen für diese Frucht- und Blumenschau, die vom 30. August bis 18. September dauert, sind jetzt in vollem Gange; dadurch werden alle Teile des Parkes in Kulturendienst gezogen. Aus diesem Grunde bleibt der Schloßpark Bellevue bis zum Eröffnungstage am 30. August auf ministerielle Anordnung geschlossen; dann wird er sich in einem um so reizvolleren Gewande allen Freunden des Gartens und der Natur erneut öffnen.

**Wichtig für ehemalige Kriegsgefangene.** Die Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin der Reichsvereinnigung ehemaliger Kriegsgefangener bittet uns, mitzuteilen, daß auf Grund der auf dem Nürnberger Vertretertag gefassten Beschlüsse betreffend Entschädigung für die im Wiederaufbaugelände geleistete Arbeit, Anrechnung der Gefangenschaft als Dienstzeit, vollkommene Gleichstellung mit allen anderen Kriegsteilnehmern usw., es unbedingt notwendig ist, daß sich die betreffenden ehemaligen Kriegsgefangenen bei den Berliner Ortsgruppen der Arbeitsgemeinschaft melden, zumal in den nächsten drei Wochen der Bericht über die Logung erstattet wird. Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft (Hans Wehle, N. 118, Wilmersstraße 54 IV) ist bereit, bei schriftlicher Anfrage, sofern Rückporto beiliegend, den Interessenten alle notwendigen Angaben zu machen. Mündliche Auskunft erteilt täglich Fritz Berg, SO., Götlicher Straße 66, und A. Grohmann, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 86 (Sonntags von 4 bis 7 Uhr).

**Deutsche Friedensgesellschaft.** Ortsgruppe Berlin. Am Freitag 7 Uhr im Bürgeraal des Rathauses, Königsstraße: Vortrag des Vortragsleiters über „Die Konferenz von Genoa und der internationale Pazifismus“. Diskussion.

## Kinderhilfe der Berliner Arbeiterschaft.

Die Berliner Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde hielt gestern im Sitzungssaal des Bezirksverbandes der SPD., unter dem Vorsitz des Genossen Sabbath von der Gewerkschaftskommission, eine Zusammenkunft ab. Der Zersplitterung der auf dem Gebiete der Wohlfahrt für das Proletariat wirkenden Organisationen soll nunmehr, wie der Vorsitzende ausführte, wirksam entgegengetreten werden.

Genosse Löwenstein behandelte die Aufgaben dieser Arbeitsgemeinschaft. Erziehungsfragen, so führte er aus, sind öffentliche Fragen und das Schwerkraft muß hier in öffentlichen Einrichtungen verlagert werden. Leider reichen zurzeit die gewährten staatlichen und städtischen Unterstützungen bei weitem nicht aus, um in wünschenswerten Umfang für die Kinder sorgen zu können. Die Aufgaben müssen vom Standpunkt des Kindes und nicht von dem der Partei aus betrachtet und gelöst werden. Daher müsse auch der Versuch gemacht werden, die Mittel zu konzentrieren. Die Zusammenfassung der für Kinderfürsorge und Kinderpflege tätigen Organisationen der Arbeiterschaft ist daher eine Grundforderung. Genosse Weimann referierte sodann über Spiele und Wanderungen. Er forderte, daß die parteipolitische Beeinflussung hier ausgeschaltet werden müsse. Es kommt zunächst darauf an, in den proletarischen Gegenden Spielplätze zu schaffen. Daher werde auch die Arbeitsgemeinschaft den westlichen Gebieten Berlins zunächst nur geringe Aufmerksamkeit schenken. Weder den bestehenden Organisationen noch den Gemeinden solle irgendwie Konkurrenz gemacht, den Bezirksämtern dagegen jede Unterstützung gewährt werden. Zur Gewinnung neuer Kräfte werde ein Spielführerkursus eingerichtet. Die Arbeitsgemeinschaft brauche Helfer, Spiel- und Wanderleiter und geldliche Mittel. Daher solle durch Sammellisten für die Kinderhilfe der Berliner Arbeiterschaft in den Organisationen, in den Betrieben und der sozialistischen Presse gewonnen werden. In der Diskussion kam einmütig der Wille zum Ausdruck, die Bestrebungen der Kinderfreunde mit aller Kraft zu fördern.

Geldpenden für die Kinderhilfe der Berliner Arbeiterschaft sind zu senden auf das Konto Max Pagels, Nr. 487 43, beim Postsparkamt Berlin.

## Gefängnis für einen Zuckerschieber.

Der Inhaber der Firma Wihl u. Bosnak in Köln, Josef Bosnak, wurde vom Bürgergericht zu drei Monaten Gefängnis und 1 1/2 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte Inlandszucker in holländische Säcke umgefüllt und als Auslandszucker zu hohen Preisen verkauft. Die Handelsurkunde wurde ihm entzogen. Er wurde jedoch gegen Kaution vorläufig auf freien Fuß gesetzt.

**Verhafteter Edelsteinsmuggler.** Die Zollbeamten von Forbach verhafteten im Grenzgebiet Mannheim-Paris einen Reisenden, der ein Säckchen mit 40 eingefassten Perlen, 52 geschliffenen Edelsteinen, einem Säckchen mit 16 Brillanten sowie ein doppelreihiges Perlenhalsband mit insgesamt 563 Perlen einschmuggeln wollte. Am Finger trug er außerdem einen Ring aus Gold und Platin und einen Diamantenring mit Perlen.

**Die Cholera-Epidemie in Moskau greift erschreckend schnell um sich.** Bis zum 28. Mai sind 4500 Cholerafälle beobachtet worden.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, stellenweise heiler, aber veränderlich bei ziemlich trüblichen bis nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

## Sport.

### Prenzel von Fred Davies geschlagen.

Der deutsche Mittelgewichtsbormeister Prenzel stand gestern Abend im Sportpalast das erste Mal einem Kämpfer gegenüber, der alle Hoffnungen auf einen Ausstieg in die internationale Klasse für sich zum Ausdruck brachte. Die Aktion, die Prenzel annehmen mußte, ist offensichtlich nicht zwecklos gewesen, und er wird in Zukunft, wenn er mit Bogern erster Klasse kämpft, nicht mehr so völlig ungedeckt sich hinstellen. Der Engländer war von der ersten Minute an überlegen und kämpfte hart. Gleich in der ersten Runde wurde Prenzel angefallen, weil er völlig ungedeckt sich preisgab, während es ihm unmöglich war, bei dem Engländer auch nur einen Schlag zu landen. Der Deutsche kann in Bezug auf Verteidigungstechnik viel von seinem ringeljahrenen Gegner lernen. Bekannt muß man, daß durch diesen Kampf dem austretenden deutschen Boxsport nicht gedient wurde. Prenzel gab in der 14. Runde auf, nachdem Davies seit der 5. Runde mit ihm Range und Knaut gepöbelte hatte. — Vorauß ging der Kampf Bogner gegen Kulligg. Bogner erzielte den Kampf in der 2. Runde durch einen rechten Kleinfaust ins Gesicht. Der riesige Deutsche war 14 Round härter und hatte einen ungeheuren Schlag. Bei einem mehr Technik und es drehten sich bald auszuhalten lassen. Im Leichtsich sagte Davies gegen Davies nach Punkten, während Bogner im Kampf gegen Sasse, dem deutschen Schwergewichtsbormeister, wegen wiederholten Tiefschlages disqualifiziert wurde.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Freitag, den 2. Juni:

- 3. Kreis Friedrichshagen. Abends 6 Uhr bei Schürer, Adersdorfer Straße 3. Sitzung des ersten Kreisvorstandes. Anschließend davon um 7 Uhr erweitertes Kreisvorstandesitzung.
- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Sozialdemokratischer Männerchor. Liedungsabende bei Wötter, Prenzlauer Berg. — Die passiven Mitglieder müssen alle erscheinen.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Kurios ist als Mittel zur Beseitigung von Bähneraugen beliebt, weil es schmerzlos und ungefährlich wirkt. Wir verweisen auf die heutige Angebots.

# Gewerkschaftsbewegung

## Kommunistische Ausrede.

Nach ihrer fasslich bekannten Methode: „Freiheit liegt“, bezeichnet die „Rote Fahne“ den Ausfall der Delegiertenwahlen der Berliner Gemeindegewerkschaft zum Gewerkschaftstages als „Antwort der Gemeindegewerkschaft auf den „Berrot“ der SPD.“ Mit dem Berrai könnte lediglich die Stellungnahme des „Vorwärts“ gegen die Vergewaltigung der Mitglieder des Gemeindegewerkschaftsverbandes gemeint sein, die insbesondere auch von den kommunistischen Funktionären in den unsinnigen Forderungen getrieben wurden, ohne über ihre Meinung zu dem Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums befragt zu werden, der ihren Forderungen in der Hauptsache gerecht wurde. Dennoch haben sämtliche SPD.-Gemeindegewerkschaften den Streik mitgemacht und lassen nachdem nicht so schnell wieder in die Betriebe hinein als die Kommunisten. Die Politisierung der Ausschaltung der SPD.-Kandidaten von der Wahl mit dem „Berrot“ der SPD.“ ist einfach sinnlos.

Aber die Kommunisten haben ihre eigene Logik auf Grund der 21 Punkte. In der Illegalität und der Verschweigung der Wahrheit haben sie erstaunliche Fortschritte gemacht. Doch da es mit der vorgeschriebenen Schläueit und List noch immer nicht klappen will, hält es die „Rote Fahne“ mit der Freiheit. Die unverschämte Wählmacht, der die Mehrheit der Delegierten der Generalversammlung zustimmte, ist nach der „Roten Fahne“ die denkbar schärfste Verurteilung (der am Streik beteiligten SPD.-Gemeindegewerkschaften?) „der verräterischen SPD.- und ADGB.-Politik“. Weiter aber soll die Wahlmacht, die so weit ging, den Mitgliedern die vom Verbandsvorstande herausgegebenen Stimmzettel vorzuenthalten, zeigen, wie ungerichtet fertig das Geschrei der SPD.-Leute über die bei der Kandidatenaufstellung angeblich an ihnen verübte „Vergewaltigung“ war. Solche Art der „Beweisführung“ ist für diese Gesellschaft geradezu typisch. Die Wahrheit wird vergewaltigt und weil sie mit allen Gemeinheits zu Boden gerungen wurde, soll das beweisen, wie ungerichtet fertig ihr „Geschrei“ über ihre Vergewaltigung war. Das liegt so im Juge der Diktatur über das Proletariat, die mit ostiatisch-despotischem Ignorismus als selbstverständlich dargestellt wird.

## Streit im Kolonialwaren-Handel.

Die Arbeitgeber hatten zum 30. Mai 1922, nachmittags 4 Uhr, den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin wegen Beilegung des Streiks angerufen. Die Arbeitgeber lehnten es ab, den Antrag des Zentralverbandes der Angestellten, 1. Maßregelungen nicht vorzunehmen, 2. die Streikfrage zu bejahen, anzunehmen. Daraufhin hat die Organisationsleitung und die Lohnkommission den Sitzungssaal verlassen. Der Schlichtungsausschuß hat in Abwesenheit der Partei einen Schiedsspruch dahingehend gefaßt, daß Maßregelungen nicht vorgenommen werden dürfen. — Konstanten! Die Angestellten sind gezwungen, diesen Kampf weiter zu führen. Kauff nur bei solchen Arbeitgebern, wo die Forderungen ausreichen: „Hier sind die Forderungen der Angestellten bewilligt. Zentralverband der Angestellten, Andree.“ Es ist Pflicht aller organisierten Arbeiter, hierauf genau zu achten. Wir sind gezwungen, nun den verhängnisvollen Kampf gegen diese Arbeitgeber aufzunehmen.

## Neue Lohnsätze für die Mineralwasserarbeiter.

Die in den Berliner Mineralwasserfabriken beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Ausländer hatten einen Lohnzuschlag von wöchentlich 350 M. für Juni und außerdem für den Monat Mai einen Zuschlag verlangt. Die Verhandlungen mit dem Verband der Arbeitgeber zeitigten ein immerhin befriedigendes Ergebnis. Vom Transportarbeiterverband bezichtigte Liebenow. Auf die bisherigen Löhne wurden Zuschläge von 813 M. für Männliche, und 200 M. für Frauen und Jugendliche zugestanden. In der Diskussion betraten verschiedene Redner den Standpunkt, daß die zugestandenen Sätze den Verhältnissen nicht entsprechen. Die Lohnkommission trat jedoch für deren Annahme ein, die auch erfolgte, da von den Forderungen nur ganz geringe Abstriche gemacht worden sind, und diese Löhne nur für Juni gelten.

Die neuen Lohnsätze sind gedruckt und gegen Vorgeigung des Mitgliedsbuches im Verbandsbureau, Engelauer 24/25, Zimmer 38, zu haben.

## Neues Lohnabkommen für die Spirituarbeiter.

Zwischen dem Arbeitgeberverband der Getränkeindustrie und dem Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter wurden für die in der Spiritusindustrie, Mischanstalten und in der Brennspiritusindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen folgende neue Lohnsätze vereinbart mit Wirkung ab 16. Mai: Ungeleitete Arbeiter 1000 M., ab 1. Juni 1070 M. und ab 16. Juni bis einschl. 30. Juni 1150 M.; geleitete erhalten je 10 M. mehr pro Woche; Frauen 745 M., 705 M. und 855 M. die Woche. Entsprechend diesen Lohnzulagen wurden prozentual auch die Extrabehalte für Ausländer, die Pferdepflege verrichten, Frauen, die auf dem Hof oder mit Abziehen oder Abfahren beschäftigt werden, erhöht; ebenfalls der Speisenschuß und das Tourengeld für Ausländer und Kraftwagenfahrer.

## Fraktion Amsterdam der Bäcker und Konditoren.

Um ein Gegengewicht gegen die kommunistischen Treiberkreise zu schaffen, haben sich im Verband der Bäcker und Konditoren die zur SPD. und USF. zählenden Mitglieder zu einer Fraktion „Amsterdam“ zusammengeschlossen und einen Aktionsausschuß gebildet. In einer von diesem zum Dienstagabend nach dem Kolonialthaler Hof einberufenen außerordentlichen Versammlung, in der Genosse Heischold referierte, wurde das Verhalten der Kommunisten einer scharfen Kritik unterzogen und zweifelhafte Richtlinien für eine erfolgreiche Bekämpfung aller kommunistischen Zersplitterungsversuche gegeben. Einmütig kam der Wille zum Ausdruck, daß jede Ausbildung der Organisation mit aller Entschiedenheit abgelehrt werden muß. Die Organisation müsse gesund und tatkräftig bleiben, um ihre Aufgabe, bessere Existenzbedingungen für die Mitglieder herbeizuführen, auch erfüllen zu können. Durch kommunistische Quertreibern werde nur das Gegenteil erreicht. — Paris machte anschließende informative Ausführungen über die notwendige Beitragssteigerung und empfahl den Kollegen für diese einzutreten.

Verantw. für den Inhalt: Stell. Franz Kühn, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: H. Gledz, Berlin, Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Straß. Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

## Porost's Krimin.

und Krankennahrung ist für den Säugling die unentbehrliche Nahrung anstelle mangelnder Muttermilch und nach der Entwöhnung. Zuverlässig, nahrhaft und wohlfeil! In Apotheken und Drogerien erhältlich.



**Hornhaut, Schwielen u. Warzen**  
beseitigt  
schnell, sicher  
u. schmerzlos  
In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich  
Gegen Fußschwellen und Wundläsungen Kukurul = Fußbad

